

Entwicklungspolitik

Isabelle Tannous

Der Paradigmenwechsel in der europäischen Entwicklungspolitik setzt sich fort. Die inzwischen weitgehend abgeschlossenen Verwaltungsreformen innerhalb der Europäischen Kommission mit den bekannten Maßnahmen der einheitlichen Gestaltung des Programmzyklus unter EuropeAid und der Dezentralisierung geben längst nur einen Teil der in den Jahren 2000/2001 initiierten Neuausrichtung wieder.¹ Beobachten lässt sich eine Konzeptionalisierung der Entwicklungspolitik, die weit über die Tendenzen hinausgeht, die in den neunziger Jahren unter dem Schlagwort der Politisierung sichtbar wurden. Die Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend stärker verbunden mit der Debatte um die Ausrichtung der Europäischen Union als internationaler Akteur diskutiert. Die Frage steht im Raum, ob dieser Prozess zu einer generellen Auf- oder Abwertung der entwicklungs-politischen Ziele – Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung – führt.

Im vergangenen Jahr zeichneten sich vor allem bei den drei großen Themen der Erweiterung, der Sicherheitspolitik und der WTO-Entwicklungsrunde Schritte ab, die die alltägliche entwicklungs-politische Arbeit in ihrer Routine aufbrechen.

Die Entwicklungsagenda nach der Erweiterung

Auf internationalem Parkett wurden mit den UN-Millenniumszielen, dem Monterrey-Konsens, der Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg und der WTO-Entwicklungsrunde von Doha auch die Agenden der europäischen Entwicklungszusammenarbeit gestaltet. Die Europäische Union, die in der internationalen Debatte mit eigenem Profil aktiv ist, hatte ihrerseits im März 2002 die internationalen Vorgaben in die acht Ziele von Barcelona gegossen.² Die EU-Staaten haben zudem auch die Europäischen Kommission gestärkt. Diese prüft nun jährlich, ob die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen von Barcelona und dem Monterrey-Konsens nachkommen und kann Empfehlungen aussprechen, wenn dies nicht der Fall ist.³ In ihren zweiten Bericht bezog die Kommission im März 2004 erstmals auch die neuen Mitgliedstaaten mit ein.⁴ Die Kommission zeigte sich bezüglich der Entwicklungsfinanzierung optimistisch. Die Europäische Union wird dem in Barcelona vereinbarten Etappenziel gerecht und bis 2006 dürfte sich der Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Aid/ODA) auf die im ersten Ziel von Barcelona angestrebten 0,42% des BVE erhöhen:

1 Die in den Jahren 2000/2001 initiierten Reformen wurden weitgehend abgeschlossen, vgl. u.a. Europäische Kommission: Annual Report 2003 on the European Community's development policy and the implementation of external assistance in 2002, COM(2003) 527 final, Brüssel, 3.9.2003 sowie Europäische Kommission: External Assistance Reform – Four Years on (2000-2004), April 2004.

2 Vgl. zu den acht Zielen von Barcelona die Schlussfolgerungen des Vorsitzenden des Europäischen Rats von Barcelona am 15./16.3.2002.

3 Schlussfolgerungen des Rats für Auswärtige Beziehungen vom November 2002.

4 Europäische Kommission, Mitteilung: Translating the Monterrey Consensus into practice: the contribution by the European Union, COM(2004) 150 final, Brüssel, 5. März 2004.

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006
EU ODA (in Mrd. Euro)	28.5	30.2	31.5	33	38.5
EU ODA in % des BVE	0.35	0.35	0.36	0.37	0.42
Zusätzliche Mittel im Vergleich zu 2002 (in Mrd. Euro)		1.7	3	4.5	10

Quelle: Presseinformation der Kommission, IP/04/Monterrey Final 2, 11. März 2004.

Diese Vorgabe liegt zwar noch deutlich unter der UN-Vorgabe von 0,7%, kommt aber einem Anstieg von 35 Prozent innerhalb von zwei Jahren gleich. Dieser Anstieg ist auch deshalb erwähnenswert, da diese Prognose bereits die neuen Mitgliedstaaten berücksichtigt.

Die Kommission betonte auch die Fortschritte beim zweiten Ziel, der Aufhebung der Mittelbindung der Gemeinschaftshilfen für die am wenigsten entwickelten Länder.⁵ Der dritten Zielvorgabe, bis 2004 konkrete Schritte zur engeren Koordinierung und Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Aktivitäten einzuleiten, ist nach Ansicht der Kommission jedoch nur zögerlich gefolgt worden. Sie mahnte daher in ihren Empfehlungen erneut eine Rahmenrichtlinie an. Die zehn neuen Mitglieder könnten so einfacher in die EU-Gebergemeinschaft eingegliedert werden.

Ausgehend von internationalen Verpflichtungen und europäischen Zielvorgaben kann von einem entwicklungspolitischen Acquis gesprochen werden. Der Beitritt vor allem der acht mittel- und osteuropäischen Staaten ist eine Herausforderung an die Wahrung dieses Besitzstands.⁶ Schließlich sollen aus bisherigen Empfängern von Mittelzuwendungen Geber werden. Zudem galt der Entwicklungszusammenarbeit in den neuen Mitgliedstaaten nur eine geringe Aufmerksamkeit, nicht weiter verwunderlich angesichts der Transformationsprozesse dieser Länder selbst. Die vorhandenen Bindungen beschränken sich vor allem auf die früheren Mitgliedstaaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe⁷ und resultieren in in einer schwachen Institutionalisierung dieser Anliegen in den nationalen Bürokratien.⁸ Anfang der neunziger Jahre bestand die Sorge, dass die für die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks vorgesehenen Mittel zugunsten der Staaten Mittel- und Osteuropas verringert würden. Heute ist es die Befürchtung, dass durch die Verschiebung der Außengrenzen die traditionellen Bindungen mit den AKP-Staaten ins Abseits gedrängt werden und neue sicherheitspolitische Schwerpunkte in den Vordergrund treten.

Keine Entwicklung ohne Sicherheit

„Entwicklung braucht Sicherheit.“ Diese Formel wird mehr und mehr zu einem entwicklungspolitischen Paradigma. Dieses bringt nicht nur neue Konzepte und Handlungsweisen,

5 Auf mitgliedstaatlicher Ebene haben Belgien, Irland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich die Bindung ihrer Entwicklungshilfe vollständig aufgehoben. Ein erheblicher Teil der österreichischen und deutschen Hilfe ist ebenfalls nicht mehr gebunden.

6 Vgl. u.a. den Beitrag zur Entwicklungspolitik im Jahrbuch 2002/2003.

7 So fließt der Löwenanteil der Hilfe an die Nachbarstaaten und in die Grenzregionen. Beispielsweise gingen 95% der Hilfsleistungen Sloweniens an die Staaten des früheren Jugoslawiens und die weiteren 5% an Albanien. 85% der Hilfsleistungen Ungarns wird multilateral vergeben, doch die bilateralen Hilfen werden hauptsächlich zur Unterstützung der ungarischen Minderheit in den Nachbarstaaten eingesetzt. Vgl. BOND (Network for International Development): EU Enlargement. Implications and Opportunities for EU Development Cooperation, Bond Development Policy Briefing, February 2003.

8 Für einen Überblick der vorhandenen Strukturen und Kapazitäten in den neuen Mitgliedstaaten siehe u.a. Europäische Kommission: The consequences of enlargement for development policy, Luxemburg 2003.

sondern auch institutionelle Veränderungen mit sich. In den letzten Jahren wurde auf EU-Ebene die bisherige strikte Trennung von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis gelockert. Mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nehmen die Möglichkeiten zur Kombination von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen zu. Aufbauend auf das unter schwedischer Präsidentschaft erarbeitete Programm von Göteborg zur Vermeidung gewaltsamer Konflikte sollen zivile und militärische Fähigkeiten besser aufeinander abgestimmt werden.⁹ Innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit wurde Konfliktprävention als horizontale Aufgabe bereits in den letzten Jahren vor allem in der Afrikapolitik erheblich ausgebaut.¹⁰ Zivil-militärische Einsätze sind jedoch nicht nur bei gewaltsam ausgetragenen Konflikten innerhalb eines Landes bzw. einer Region relevant. Welche Bedeutung gerade auch dem Engagement während und nach Militäreinsätzen dritter Parteien zukommt, haben die Militäreinsätze in Afghanistan und Irak deutlich vor Augen geführt.

Die Problematik des zivil-militärischen Verhältnisses wird insbesondere von europäischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) diskutiert. Die Kooperation mit militärischen Akteuren bei entwicklungspolitischen Hilfsleistungen wird aufgrund des Grundsatzes der Neutralität und Unparteilichkeit weitgehend abgelehnt. Vor allem wird an der Finanzierung der Projekte Kritik geübt. Auch auf europäischer Ebene werden inzwischen nicht-zivile Maßnahmen aus den für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellten Mitteln finanziert. So wurden beispielsweise aus bislang nicht ausgezahlten Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) 5 Mio. Euro zur Unterstützung des ECOWAS-Militäreinsatzes in Liberia vorgesehen.¹¹ Im November 2003 wurde beschlossen, eine *Peace Facility for Africa* einzurichten (zunächst 250 Mio. Euro), die aus Mitteln des EEF gespeist und zur Finanzierung von nichtzivilen Friedensmissionen in Afrika genutzt werden soll.¹² Kritiker befürchten, dass die Entwicklungspolitik ihre Eigenständigkeit verlieren wird – und damit die Ziele der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung den kurzfristigen, reaktiven Sicherheitsbedenken der Mitgliedstaaten nachgeordnet werden könnten. Gleichzeitig reift die Erkenntnis, dass sowohl operationelle (kurzfristige, auf die Einhegung des akuten Konflikts gerichtete) wie auch strukturelle (langfristige, an den Ursachen von Gewalt eskalation ansetzende) Maßnahmen zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Stabilität die Voraussetzung für entwicklungspolitische Erfolge sind.

Die Nähe von Entwicklungszusammenarbeit und Außen- und Sicherheitspolitik macht auch der Verfassungsvertrag deutlich, in dem die Entwicklungszusammenarbeit mit der GASP, der ESVP sowie der gemeinsamen Handelspolitik in Titel V zum „Auswärtigen Handeln der Union“ zusammengefügt wurde:¹³

- Das vorrangige Ziel, die Armut zu beseitigen, wurde erstmals auch im Zielkatalog des gesamten auswärtigen Handelns der Union genannt (Art. III-292), bevor es in den Bestimmungen die Entwicklungszusammenarbeit betreffend bekräftigt wird (Art. III-316).
- In den allgemeinen Bestimmungen findet sich nun auch das Ziel, „die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den allmählichen

9 Vgl. das Programm der EU zur Prävention gewalttätiger Konflikte, angenommen auf dem Europäischen Rat von Göteborg am 15./16 Juni 2001.

10 Vgl. zum Stichwort „Linking Relief, Rehabilitation and Development (LRRD)“ u.a. the Courier ACP-EU, Nr. 198, Mai/Juni 2003.

11 Vgl. Stephan Klingebiel/Katja Roehder: Das entwicklungspolitisch-militärische Verhältnis: Der Beginn einer neuen Allianz?, Analysen und Stellungnahmen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, 1/2004, S. 2f.

12 Siehe in diesem Band den Beitrag zur Afrikapolitik.

13 Vertrag über eine Verfassung für Europa, CIG 87/04, Brüssel, 6. August 2004.

Abbau von Beschränkungen des internationalen Handels“ (Art. III-292). Die Formulierung des EG-Vertrags im Titel Entwicklungszusammenarbeit, die speziell auf die „die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft“ abzielte, entfällt.

- Die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und anderen Drittländern wurde unter dem Kapitel „Zusammenarbeit mit Drittländern und Humanitäre Hilfe“ (Kap. IV) zusammengefasst. Weiterhin betont wird die Zweiteilung in Entwicklungsländern (Abschnitt 1) und andere Drittländer (Abschnitt 2). Neu vorgesehen wurde ein eigener Abschnitt zur Humanitären Hilfe (Abschnitt 3).
- Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu betrachten, gibt nun die Formulierung wieder: „Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung“ (Art. III-316).

Die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie unterstreicht den Ansatz, die gesamten EU-Außenbeziehungen – einschließlich der Entwicklungspolitik – systematisch zu verknüpfen. Ein deutlich sichtbares Zeichen für diese Bestrebungen war bereits die Zusammenlegung des eigenständigen Entwicklungsrates mit dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten.

Die Entwicklungsrunde von Doha nach Cancún

In Monterrey verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs im März 2002 neben einer Erhöhung der Entwicklungshilfe auch die internationale Handelspolitik so zugestalten, dass dadurch entwicklungsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen würden. Bereits im November 2001 hatten die WTO-Mitglieder den Startschuss für eine neue Liberalisierungsrunde gegeben. Noch im Bann des 11. Septembers 2001 wurde in Doha, Katar, die neue Handelsrunde mit dem Etikett „Entwicklungsrunde“ versehen (Doha Development Agenda/DDA). Seitdem verstrichen jedoch in allen Verhandlungsbereichen die gesetzten Fristen, ohne dass eine Einigung über strittige Punkte erzielt werden konnte. Dabei besteht unter vielen Wissenschaftlern, entwicklungspolitisch argumentierenden Institutionen und gemäßigten Nichtregierungsorganisationen Konsens darüber, was eine „echte Entwicklungsrunde“ im Sinne des Monterrey-Konsens ausmachen würde:¹⁴ Neben dem Abbau der Agrarsubventionen zählen dazu u.a. Zugangserleichterungen für nicht-agrarische arbeitsintensive Produkte aus den Entwicklungsländern und die Ausklammerung der sog. Singapur-Themen (ausländische Direktinvestitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) von den Verhandlungen.

Die WTO-Runde im mexikanischen Cancún war kein Schritt in diese Richtung, selbst wenn ihr Scheitern im September 2003 von den Entwicklungsländern und NGOs zunächst als Sieg gegen die Industrienationen deklariert wurde.¹⁵ Häufig wurden die Singapur-Themen für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich gemacht: Die EU bestand auf alle vier Themen und signalisierte erst in letzter Minute Kompromissbereitschaft. Doch konnten die

¹⁴ Vgl. Klaus Liebig: Die Welthandelsordnung nach Cancún, oder: Was passiert, wenn die Rhetorik von der Entwicklungsrunde plötzlich ernst genommen wird..., Analysen und Stellungnahmen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, 2/2003, S. 1.

¹⁵ Vgl. u.a. E+Z (Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit), 10/2003.

Singapur-Themen mehr als Symptom des Scheiterns, denn als dessen Ursache bezeichnet werden. Vielfach wurde das Thema Landwirtschaft als ausschlaggebender Grund genannt.¹⁶

Von symbolischer Bedeutung für die Konferenz war die so genannte Baumwollinitiative der vier west- und zentralafrikanischen Länder Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad. Die Initiative, die auf den Subventionsabbau im Baumwollsektor abzielte, entwickelte sich in Cancún zu einer Art Gradmesser, wie ernst die Prämisse von der „Entwicklungsrunde“ zu nehmen sei. Der starke Baumwollsektor in den USA gestattete den US-Delegierten keinen Verhandlungsspielraum. In der Nachbereitung der Konferenz legte die Kommission einen gemeinsam von Poul Nielson (Entwicklungspolitik) und Pascal Lamy (Handelspolitik) ausgearbeiteten Aktionsplan vor, in dem sie Vorschläge zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Überwindung der Preisschwankungen bei landwirtschaftlichen Rohstoffen wie Kaffee, Zucker, Baumwolle oder Kakao auf dem Weltmarkt sowie zur Förderung des Baumwollsektors unterbreitete.¹⁷

Das Scheitern der WTO-Verhandlungsrunde von Cancún im September 2003 führte die beiden Themen Subventionsabbau und Entwicklungsfinanzierung wieder einmal deutlich vor Augen.¹⁸ Eine Reihe von Entwicklungsländer forderten in der Formation der „G20 plus“ – mit Rückendeckung gewichtiger Schwellenländern – in Cancún den raschen und vollständigen Abbau von Zöllen und Subventionen in den Industriestaaten und proklamierten für sich gleichermaßen weitreichende Ausnahmen und die Aufrechterhaltung von Präferenzen.¹⁹ Der eigentliche Kern der Verhandlungsrunde – die Marktöffnung bei Produkten aus dem nicht-landwirtschaftlichen Bereich – wurde ins Abseits gedrängt. Die Rhetorik der Entwicklungsagenda von Doha hatte den Forderungen der Entwicklungsländer Nachdruck verliehen, gibt sie doch vor, dass diese WTO-Runde speziell auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländern ausgerichtet ist. Die Europäische Union wurde von diesen in die Pflicht genommen, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Hier zeigt sich deutlich, wie die Querschnittsaufgabe Entwicklungspolitik mit außenpolitischen und handelspolitischen Interessen konkurriert. Der EU gelang es offensichtlich nicht, ihre Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik hinreichend zu koordinieren, um den Widerstand der Entwicklungsländer im Vorfeld von Cancún angemessen wahrzunehmen.

Die EU hat angekündigt, bis zum vorgesehenen Abschluss im Januar 2005 in der WTO-Runde eine führende Rolle einzunehmen. Mit der „Alles-außer-Waffen“-Initiative ist sie anderen internationalen Gebern noch immer einen Schritt voraus. Weiterhin richtet sie die Vorgabe an die eigene Adresse, insbesondere die am wenigsten entwickelten Ländern im Bereich des handelsbezogenen Kapazitätenaufbaus zu unterstützen und am Präferenzsystem festzuhalten. So sollen diese in der WTO gestärkt und schrittweise in die Weltwirtschaft integriert werden. Bei den Verhandlung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements/EPA) im Rahmen der Vereinbarung von

16 Siehe in diesem Band den Beitrag zur Agrarpolitik. Vgl. auch Jacob Kol/L. Alan Winters: The EU after Cancun: Can the Leopard Change its Spots?, in: *European Foreign Affairs Review*, 1/2004, S. 1-25.

17 Dieser Aktionsplan ist Gegenstand von zwei Mitteilungen der Kommission v. 12.2.2004; vgl. ausführlich u.a. *Agence Europe* v. 13.2.2004 und *Bulletin der EU*, 1/2004.

18 Die Subventionen und die mangelnde Marktöffnung im Agrarsektor verringern mögliche Exportchancen der Entwicklungsländer um geschätzte 40 Mrd. US-Dollar – die gesamten ODA-Mittel belaufen sich zur Zeit auf etwa 50 Mrd. US-Dollar. Diese Zahlen variieren je nach Quelle, zeigen jedoch die Relevanz der Debatte. Hier aufgeführt nach: Liebig, a.a.O., S. 1.

19 Siehe in diesem Band den Beitrag zur Außenwirtschaftspolitik. Vgl. auch Bart Kerremans: What Went Wrong in Cancun? A Principal-Agent View on the EU's Rationale Towards the Doha Development Round, in: *European Foreign Affairs Review*, 3/2004, S. 363-393.

Cotonou wird sich zeigen, ob die EU diesen Ankündigungen gerecht wird. Nachdem die im September 2002 eröffneten Verhandlungen im ersten Jahr zwischen der EU und den AKP-Staaten als Gruppe geführt wurden, wird seit Oktober 2003 mit Westafrika und Zentralafrika, seit Februar 2004 mit Ost- und Südafrika und seit April 2004 mit der Karibik nun Regionen bezogen verhandelt.²⁰

Ausblick

Die Tragweite des Wandel der Entwicklungspolitik zeigen auch die Diskussion um die Budgetierung des Europäischen Entwicklungsfonds²¹ und die Fortschritte bei der Aufhebung der Mittelbindung der Gemeinschaftshilfszahlungen: beides Forderungen des Europäischen Parlaments, die jahrzehntelang überhört worden sind. Die EU hat vielfach ihren Willen geäußert, an ihrer entwicklungspolitischen Agenda auch mit dem Beitritt der neuen Mitglieder festzuhalten. Den eingeschlagenen Kurs konnte sie im Berichtszeitraum konsolidieren. Dies zeigen auch die von der Kommission verwalteten ODA-Zahlungen an die armen und ärmsten Länder – diese erhöhten sich von 34,1% im Jahr 1999 auf 41,3% der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe im Jahr 2003.²² Doch erst die nächsten Jahre werden zeigen, ob die Zweifel an der Fortführung dieses Kurses auch nach der Erweiterung unbegründet sind.

Die Europäische Union hat mit den Zielen der Armutsbekämpfungen und der nachhaltigen Entwicklung den Maßstab zur Bewertung ihres auswärtigen Handels hoch angelegt. Die Aufrechterhaltung einer eigenständigen Entwicklungspolitik in Abgrenzung zur Außen- und Sicherheitspolitik allein – wie von entwicklungspolitisch tätigen Einrichtungen auf Regierungs- und NGO-Seite häufig gefordert – wird dabei nicht ausreichen, den entwicklungspolitischen Anliegen einen höheren politischen Stellenwert beizumessen. Letztendlich ist es die außenpolitische Orientierung des internationalen Akteurs EU, die dazu beiträgt, dem Querschnittsanliegen in allen auswärtig relevanten Politikfeldern der Union und ihrer Mitgliedstaaten die notwendige Bedeutung beizumessen.

Weiterführende Literatur

- Karin Arts / Dickson, Anna K. (Hrsg.): *EU Development Cooperation: From Model to Symbol*, Manchester 2004.
- Olufemi Barbarinde / Faber, Gerrit: *From Lomé to Cotonou. Business as Usual?*, in: *European Foreign Affairs Review*, 9/2004, S. 27-47.
- BOND (Network for International Development): *Europe in the World. Essays on EU foreign, security and development issues*, London 2003.
- House of Lords, European Union Committee: *EU Development Aid in Transition*, 12th Report of Session 2003-04, London April 2004.

20 Zum Stand der Verhandlungen siehe http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/acp/index_en.htm. Vgl. u.a. auch Melissa Julian: *EPA Negotiations Update – State of Play of Negotiations* sowie Karl Friedrich Falkenberg: *EPAs and DDA – Parallelism or Crossroads?*, in: *Trade Negotiations Insights: From Doha to Cotonou*, Juli 2004.

21 Vgl. u.a. Kenneth Karl: *The European Development Fund: towards integration in the Community budget?*, in: *the Courier ACP-EU*, Nr. 201, Dezember 2003.

22 Die EU hat sich auf dem Gipfel von Göteborg auf den UN-Richtwert von der 70% der ODA-Vergabe für die am wenigsten entwickelten Länder ausgesprochen. Vorläufige Zahlen der Europäischen Kommission: *External Assistance Reform – Four Years on (2000-2004)*, April 2004.